

Wohin steuert Putin Russland? Analyse zur aktuellen Russland-Politik

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A. (2005). Wohin steuert Putin Russland? Analyse zur aktuellen Russland-Politik. *GUS-Barometer*, 11(38), 1-5.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130858>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

GUSbarometer

Herausgegeben vom Körper-Zentrum Russland/GUS zur Unterstützung des Petersburger Dialogs.

Juli 2005 | Nr. 38 | 11. Jahr

Analyse zur aktuellen Russland-Politik

Wohin steuert Putin Russland?

Wladimir Putin will innerhalb seiner noch zweieinhalb Jahre dauernden Präsidentschaft zwei wesentliche Dinge erreichen: Russland über den Faktor Energie wieder als Großmacht auf der Weltbühne verankern und sein Land in die Weltgemeinschaft integrieren. Die Stunde der Wahrheit schlägt nächstes Jahr, wenn Russland den Vorsitz in der G-8 übernimmt und der WTO beitreten möchte. Einen gewaltigen Rückschlag musste Putin bei dem dritten Punkt auf seiner Agenda einstecken: Sein Versuch, die ehemaligen Sowjetrepubliken in ein neues Bündnis mit Russland zu integrieren, ist gescheitert. Gegenwärtig erlebt Russland, 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, eine zweite dramatische Auflösung seines einstigen historischen Territoriums und Einflussgebiets in der GUS. Es gibt Stimmen, die Russland raten, selbst eine Integration mit dem Westen zu suchen, um die Idee eines Gemeinsamen Europäischen Hauses wieder zu beleben, in dem alle europäischen Länder sich gegenseitig verstärken und es keine Kämpfe um Einflusszonen geben wird. Eine Energieallianz zwischen Russland und der EU könnte der erste Schritt in dieser Richtung sein. Derzeit ist die EU durch die Ablehnung der Verfassung politisch so blockiert, dass sie für eine Fortsetzung der Ausdehnung nach Osten kaum mehr die Kraft aufbringen wird.

Heute blickt der Westen mit Sorge auf Russland. Die zweite Amtszeit Putins entwickelt sich weitaus problematischer als die erste. Zunächst hatte der Westen Putins Handlungen so verstanden, dass nach dem Chaos der Jelzin-Jahre eine gewisse Ordnungspolitik notwendig war. Inzwischen sieht man im Westen



Im Juni organisierte die DGAP eine Konferenz mit der Führung der Partei »Einheitliches Russland« zum Föderalismus auf der Wartburg. Russische und deutsche Politiker lernten gegenseitig von ihren Erfahrungen.

Putin über das erklärte Ziel hinausgehen und befürchtet, dass er Russland auf den Weg in eine neue Diktatur führen könnte. Putin sieht die Dinge anders. Er will Russland nach wie vor in die internationale demokratische Staatengemeinschaft und Weltwirtschaft integrieren, nur will er dies nicht durch eine Übernahme des westlichen Wertekanon bewerkstelligen. Offensichtlich glaubt er, dass Russland für eine westliche Demokratie nicht reif genug ist. Demokratie soll unter staatlicher Obhut langsam gedeihen. Vorrangiger für Putin ist die Rückkehr Russlands als Großmacht auf die weltpolitische Bühne.

Der Westen hatte gelernt, Russland seit der Perestrojka-Zeit mit den Augen der russischen Demokraten (die dem Westen von ihrer Mentalität her sehr nahe standen) zu sehen. Mit den Geheimdiensteliten, die das heutige Russland regieren, kommuniziert der Westen kaum. Dementsprechend fehlen in der EU konkrete und verlässliche Informationen zur russischen Politik. Richtig ist aber, dass im heutigen Russland das alte sowjetische Denken ungehindert Eingang in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft findet. Schuld daran ist eben die Durchdringung der höchsten Instanzen des Staates durch Vertreter der Geheimdienst- und Militäreliten.

Der Geheimdiensthintergrund der heutigen Führung mag für die Außendarstellung ein Problem sein. Nicht so für den Aufstieg Putins an die Spitze des Landes. Putin wurde bekanntlich früh im Geheimdienst ausgebildet, wo er lernte, wie man sich im Feindlager verhält. Anpassung, Tarnung, Wachsamkeit – diese Tugenden spielte er nicht so sehr während seiner Agententätigkeit in der DDR, sondern in Boris Jelzins Oligarchensystem Ende der neunziger Jahre aus. Jahrelang arbeitete er unscheinbar in der Kreml-Administration. Als Jelzins Zeit ablief, beriefen die Oligarchen Putin, weil sie bei ihm keine Führungsstärke erblickten und an seiner Loyalität nicht zweifelten, als ihren »Statthalter« zum Präsidenten eines Landes, das sie weiterhin selbst regieren wollten. Doch kurz nach seiner Amtseinführung erschien Putin im Hauptquartier des russischen Geheimdienstes und verkündete: »Auftrag ausgeführt. Der Geheimdienst hat die oberste Macht im Lande erklommen.«

Durch ein neues Wettrüsten konnte Putin Russland nicht mehr zur Großmacht führen. Er konzentrierte seine Politik auf den Energiesektor. Fieberhaft arbeitete er seitdem an der Reparatur der Infrastruktur für den erhofften Energiemassenexport nach Westen und Asien. Auch die GUS-Politik wurde auf den Ausbau eines neuen Gaskartells zwischen Russland und den Staaten des Kaspischen Meeres ausgerichtet. Der rasante Anstieg der Weltmarktpreise von Erdöl und Erdgas im Jahre 1999 kam Putin dabei äußerst gelegen.

Der Kampf gegen die Oligarchen muss aus derselben Perspektive betrachtet werden. Zwei frühere Leiter der hochgeheimen Anti-Wirtschaftsspionageeinheit des FSB, Nikolai Patruschew und Wiktor Iwanow, stiegen unter Putin in den Kreis der mächtigsten Politiker Russlands auf. Heute sind sie die Chefs der so genannten »Silowiki«-Fraktion im Kreml. Die Geheimdienste,

unter Jelzin zur Machtlosigkeit verurteilt oder von Wirtschaftsgruppen korrumpiert, wurden mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, um den strategisch wichtigsten Wirtschaftszweig des modernen Russland – die in den neunziger Jahren zu Schleuderpreisen durch Insidergeschäfte privatisierte Ölindustrie – wieder unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Die Energiebranche sollte so instrumentalisiert werden, dass mit ihrer Hilfe die Großmachtwerdung Russlands in nur wenigen Jahren realisiert werden konnte und mittels derer bestehende russische Abhängigkeiten vom Westen umgekehrt würden.

Die ansteigende Nachfrage nach russischem Öl und Gas nicht nur in Europa, sondern vor allem in Asien, gab dem Kreml neuen Auftrieb. Aus dieser Perspektive erhielt auch die so genannte strategische Achse Moskau – Beijing – Neu-Delhi plötzlich eine Logik. Moskau sah für sich die Perspektive vor Augen, in einigen Jahren ein Monopol für die künftigen Energieströme nach Westen und Asien zu errichten und sich dem strategischen Ziel des Aufbaus einer multipolaren Weltordnung zu nähern.

Die in den neunziger Jahren von den Oligarchen ausgetüftelten Muster des Ölexportes unter Umgehung der Steuerbehörden wurden nach und nach neutralisiert und diverse Off-shore-Zonen (u.a. sogar auf dem Raketenbahnhof Bajkanur, der von vielen Ölkonzernen als Steuerschlupfloch benutzt wurde) geschlossen. Im Kreml gibt man heute offen zu: bis 2002 profitierte der Staat nicht genug vom lukrativen Energieexport. Die Gewinne flossen vornehmlich in die Privatwirtschaft oder in die Taschen der Oligarchen. Versuche der Regierung, die Ölexporteure mit Gewinnsteuern zu belegen, scheiterten, unter anderem an der korrumpierten Duma.

Die Zerstückelung des Jukos-Konzerns 2003/2004 bildete den Höhepunkt des Kampfes um die Vorherrschaft im Energiesektor. Zwei Giganten prallten aufeinander: die strategisch neu ausgerichteten, erstarkten Machtstrukturen des Kreml, sowie der größte und unabhängigste Ölkonzern in Russland. Die anderen Konzerne wie Lukoil und Sibneft hatten sich aus der großen Politik zurückgezogen und wollten künftig ihre kommerziellen Interessen mit staatlicheren konvergieren. Nicht so Michail Chodorkowskij, der das bestehende Pipeline-monopol des Staates durch eigene Rohrverlegungen und Transportwege nach Amerika und China aufbrechen wollte, sich gegen die Privilegierung der staatlichen Ölgesellschaft Rosneft durch Putin aussprach,

mit Macht in das bislang vom Staat kontrollierte Gasgeschäft drängte und – zum größten Schrecken des Kreml – seinen Konzern Jukos mehrheitlich an einen US-Ölmulti zu verkaufen gedachte, um sich mit dem erworbenen Vermögen persönlich in die große Politik zu begeben.

Die »Silowiki« griffen Jukos an, sperrten den mächtigen Oligarchen ein und zerschlugen sein gesamtes Imperium. Die Abschreckung wirkte: die Steuereinnahmen aus dem Energieexport stiegen seit 2003 rasant an. Im Übrigen hinterließ die Schlacht um Jukos ein politisches Trümmerfeld. Nach dem Parlament und den Gouverneuren wurde nun auch die Regierung entmündigt; westliche Investoren wurden aufgeschreckt. Und nicht zuletzt verschlechterte sich durch den Schauprozess an Chodorkowskij das Image Russlands im Westen. Anders in Russland: innerhalb einer Gesellschaft, in der heute noch knapp die Hälfte Privatbesitz ablehnt, wurde Putins Kampf gegen die neureichen Oligarchen bejubelt; Nationalisten bekamen bei den Duma-Wahlen 2003 riesigen Auftrieb. Der Reichtum der Oberschicht wurde jedoch nicht angefasst. Die Zahl der Dollar-Milliardäre verdoppelte sich seit der Verhaftung von Chodorkowskij von 20 auf über 40; Russland zählt heute offiziell 88.000 Dollar-Millionäre. Dagegen geriet Politik der Modernisierung der Wirtschaft zunehmend in einen Reformrückstau. Liberale Parteien waren aus der Duma verschwunden, das Modell der liberalen Marktwirtschaft für Russland offiziell verworfen. Der ohne Rechtsgrundlage verlaufende Umverteilungskampf im Energiesektor stellte die Spielregeln in der gesamten jungen Marktwirtschaft infrage. Von den im Jahre 2001 verabschiedeten Wirtschaftsreformen wurde bis Mitte 2005 nur ein Drittel realisiert. Wichtige Reformen, vor allem im Sozialbereich, sind auf die lange Bank geschoben; der WTO Beitritt verzögerte sich.

Die Entwicklung führte zu Veränderungen in den höchsten Etagen der Macht. Die Geheimdienstfraktion der »Silowiki« ging gestärkt aus dem geschilderten Prozess hervor. Die Sankt Petersburger Mitarbeiter der Kremladministration benahmen sich nicht mehr wie bloße Adjutanten des Präsidenten, sondern stiegen zu Aufsichtsratsvorsitzenden in den wichtigen Energie- und Rüstungskonzernen auf. Sie repräsentierten die nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen, was ihnen die Möglichkeit gab, die Türen zum Präsidenten viel selbstbewusster zu öffnen. In der Vergangenheit vermochte der Präsident Entscheidungen auch gegen den Konsens innerhalb seiner Machtelite zu

treffen, vor allem solche, die seine Politik der Öffnung nach Westen betrafen. Heute stellen sich Beobachter die Frage, ob Putin von der Fraktion der »Silowiki« nicht vereinnahmt worden ist.

Jedenfalls wird die Handschrift der Geheimdienste in der russischen Politik erkennbarer. Die Transparenz der Entscheidungsfindung hat in Russland gelitten. Typische Beispiele dafür sind die Aneignung der Jukos-Tochter Juganskneftegas durch eine mysteriöse Tarnfirma mit dem Namen »Bajkalfinanzgruppe«, hinter der sich die »Silowiki« versteckten, sowie die Verhinderung des von Putin zuvor versprochenen Verkaufs des Maschinenwerks »Silowye mashiny« an Siemens. Denn anders als unter Jelzin schwimmt die heutige Staatsmacht in Geld. Allein in den letzten vier Jahren ist ein Großteil der Auslandsschulden zurückbezahlt und ein Reservepolster von über 100 Milliarden US-Dollar angelegt worden.

An dieser Stelle sei gesagt, dass für zahlreiche europäische und asiatische transnationale Konzerne die Renationalisierung der strategisch wichtigsten Industriezweige Russlands kein Problem darstellt. Ins Hintertreffen gerieten vor allem US-Firmen, die zu früh auf die Privatwirtschaft und die Oligarchen in Russland gesetzt hatten. Diejenigen europäischen Konzerne, die traditionell ihre Geschäfte in Russland durch den Staat abgewickelt hatten, stehen heute als Gewinner da. Typisch dafür ist die Entwicklung von Energieallianzen: Der zwischen den USA und Russland in dieser Frage begonnene Dialog ist eingestellt; der Dialog mit Deutschland, Frankreich und Italien, sowie mit China und Japan dagegen gewinnt an Qualität. Auch die »Silowiki« wissen, dass sie den Westen zum Aufbau des Energieimperiums brauchen. Eine Dreivierteltrillion US-Dollar wird benötigt, um den ehemaligen sowjetischen Energiesektor zu modernisieren.

Sicherlich gibt es auch in der EU Stimmen, die vor einer zu großen Energieabhängigkeit von Moskau warnen und Energie lieber aus Nordafrika und dem Persischen Golf beziehen würden als aus Russland. Doch die Realpolitik führender EU-Staaten sieht letztendlich anders aus: man weiß, dass über eine Energieallianz mit Russland Geld verdient und der Ostteil des Kontinents stabilisiert werden kann.

Auch die Außenpolitik Russlands wird gegenwärtig vom Faktor Energie bestimmt. Russische Energiekonzerne haben sich in diesem Bereich russischen nationalen Interessen längst untergeordnet. Zum ersten

Mal hat Russland in Bezug auf Belarus und die Ukraine Energie als politisches Druckmittel eingesetzt und die Erdgas- beziehungsweise Erdöllieferungen zeitweilig eingestellt. Das Drehen an der ominösen Energieschraube genügte, um beide Nachbarn vor gefährliche Engpässe zu stellen. Die Präsidenten von Belarus (Lukaschenko) und der Ukraine (Juschtschenko) mussten fast einen Kniefall vollführen, um den Energiefluss wieder herzustellen.

Wen wundert es, dass die gerade in Betrieb genommene Ölpipeline von Baku über Georgien ins türkische Ceyhan von den Kaspischen Staaten und den USA als Durchbruch bei der Zerschlagung des russischen Pipelinemonopols im Kaspischen Raum gefeiert wurde. Die Gründe für die Stärkung des GUAM-Bündnisses der Staaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien durch Russlands mächtigsten Rivalen im postsowjetischen Raum, die USA, entwickeln sich aus derselben Logik. Die dramatischen Umbrüche in der GUS kamen für die energiepolitischen Ambitionen Russlands zur ungünstigsten Zeit. Hätte der vom Kreml favorisierte Viktor Janukowitsch statt Viktor Juschtschenko die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine gewonnen, gäbe es heute wahrscheinlich schon eine feste Union Russland-Ukraine-Belarus. Stattdessen befindet sich Moskau auf einem einzigartigen Rückzug vom postsowjetischen Territorium. Die russischen Basen in Georgien und Moldawien werden geräumt, während die USA ihr militärisches Engagement in Zentralasien und darüber hinaus im Kaukasus ausbauen. China hält zum ersten Mal gemeinsame Militärmanöver mit zentralasiatischen Staaten ab. Schließlich dringt auch die zuvor zögernde EU mit ihrer ESVP in das ehemalige Einflussgebiet Russlands ein und betrachtet die GUS als ihre strategische Nachbarschaft. Moskaus verbleibende Verbündete im postsowjetischen Raum sind Belarus und Kasachstan. In beiden Ländern stehen die autoritären Machthaber angesichts der im Jahre 2006 anstehenden Präsidentschaftswahlen mit dem Rücken zur Wand und fürchten, dass der revolutionäre Funke auch auf ihre Gesellschaften überspringen könnte.

Auf einer Konferenz zur Zukunft des postsowjetischen Raumes, die die DGAP Ende März 2005 mit Unterstützung des US State Department ausrichtete, wurde festgestellt, dass die GUS keine politische Einheit mehr bildet. Die Mitgliedsstaaten sind so entzweit, dass sie keinen gemeinsamen Nenner in Bezug auf Sicherheitsfragen finden. Die einzelnen Staaten sehen sich jeweils als »Brücke« – die einen zwischen Europa und Asien (Kasachstan, Usbekistan, Aserbaidschan), die

anderen zwischen westlichen demokratischen Werten und den reformbedürftigen postkommunistischen autoritären Systemen (Ukraine, Georgien). Die GUAM wird von der Ukraine und Georgien als klare Alternative für die veraltete GUS gesehen: innerhalb der GUAM glauben beide, die aufgestauten Transformationsprobleme (ethnisch-territoriale Konflikte, Demokratietransfer, Energiesicherheit) eher bewältigen zu können als durch die Mechanismen der GUS.

Vertreter des State Department und der deutschen Bundesregierung verwiesen auf globale Probleme wie Terror, Drogen, Wassermangel, »failing states«, die gemeinsam von allen Staaten auf postsowjetischem Raum, aber mit Hilfe von außen, angegangen werden müssten, damit diese Länder die Chance bekommen können, sich in die globale Wirtschaft zu integrieren. Vertreter Deutschlands und Polens verwiesen auf die gemeinsame EU-Politik bezüglich der Ukraine in den Tagen der orangefarbenen Revolution als gelungenes Modell einer künftigen europäischen Außenpolitik. Vertreter der USA riefen Russland zur Kooperation und Annahme der neuen Verhaltensregeln der Globalisierung auf. Konsens gab es in Bezug auf eine Stärkung internationaler Organisationen. Diese multilateralen Strukturen der neuen Weltordnung sollten aber auch im postsowjetischen Raum zum Tragen kommen; Russland solle nicht versuchen, sein ehemaliges Einflussgebiet vom Rest der Welt abzuschotten. Dazu gehören auch gemeinsame Friedenssicherungsmissionen.

Inzwischen gibt es in Russland aber genug Stimmen, die den außenpolitischen Kurs des Kremls – der bisweilen an ein Wagenburgdenken erinnert – kritisieren. Einen Ausweg, um eine erneute »geopolitische Katastrophe« zu verhindern, sehen sie in einer Integration Russlands mit dem Westen. Russland, so eine Studie des renommierten Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, solle sich allerdings nicht mit der EU von heute verschmelzen, sondern mit dem Europa des Jahres 2020. Bis dahin könnte Russland das westliche Wertesystemmodell vielleicht verwirklicht haben, das einen EU-Beitritt ermöglichen würde, oder die EU würde ihre jetzt gültigen Wertemaßstäbe gegen das Prinzip einer pragmatischen Interessensgemeinschaft eintauschen, das Russland wiederum leichter erfüllen könnte.

Ein Strategiepapier der Konrad-Adenauer-Stiftung für eine mögliche neue Bundesregierung meint, dass Europa und Russland sich in 15 Jahren »in einer neuen europäischen Partnerschaftskultur wieder finden,

welche dann auch die transatlantischen Beziehungen völlig neu definieren« könnten.

Putin scheint nicht mehr die große Kraft für eine radikale Kurskorrektur zu entwickeln. Er zaudert und scheut das Risiko. Seine Ankündigungen, deutsche Hilfe für den Wiederaufbau Tschetscheniens annehmen zu wollen, eine neue gesellschaftliche Kammer für die Unterstützung der Zivilgesellschaft zu schaffen, eine internationale Nahost-Konferenz in Moskau einzuberufen, Jukos nicht völlig zu zerschlagen oder den Mittelstand in Russland zu fördern, verpuffen oder werden von der Bürokratie ignoriert. Droht ihm gar die Entmachtung?

Gegenwärtig wird spürbar, dass die Machteliten die Arbeit an dem Projekt »Nachfolger 2008« begonnen haben. Die Namen des Verteidigungsministers Sergei

Iwanow, des Parlamentspräsidenten Boris Gryslow und des Nordkaukasus-Beauftragten Dmitrij Kosak werden genannt. Der Kreml bastelt am Aufbau einer zweiten – diesmal sozialdemokratischen – »Partei der Macht«, die als Alternative zur Partei »Einheitliches Russland« ins Rennen geschickt werden soll. Laut heutigem Plan soll Putin, der ein drittes Mal in Folge nicht kandidieren darf, dessen Popularität aber im Lande ungebrochen ist, für eine Legislaturperiode auf einen Nebenposten rücken und Russland von einem »Statthalter« regiert werden. 2012 soll Putin dann wieder kandidieren. Natürlich wissen die Strippenzieher um die Gefährlichkeit dieses Projekts. Nur zu oft hat man in der russischen Geschichte versucht, schwache Galionsfiguren stellvertretend auf den Thron zu setzen - in fast allen Fällen ist dies schief gelaufen.

Alexander Rahr

III. Tagung der Zukunftswerkstatt des Petersburger Dialogs in Kaliningrad

Deutsche und Russen auf der Baustelle Europa

Welche Faktoren die deutsch-russischen Beziehungen künftig bestimmen und welche Maßnahmen notwendig sind, um das Verhältnis tatsächlich zu einer genuine Partnerschaft auszubauen, wurde in der Zukunftswerkstatt des Petersburger Dialogs während eines Treffens in Kaliningrad im April dieses Jahres diskutiert.

Eine Analyse der Medienberichterstattung des letzten halben Jahres in Deutschland und Russland, die zwei deutsche und ein russischer Journalist unabhängig voneinander präsentierten, offenbart eine wachsende Kluft in der beiderseitigen medialen Wahrnehmung. Spätestens seit dem Dumawahlkampf 2003 zeichnen deutsche Medien ein zunehmend kritisches und pessimistisches Russlandbild. Vorhandene positive Entwicklungen dringen nur noch selten zum Leser und Fernsehzuschauer durch. Beklagt wird in Deutschland vor allem der autoritäre Kurs Präsident Putins. In Russland dagegen ist das Medienbild über Deutschland

ausgesprochen gut. Deutschland wird sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im öffentlichen russischen Diskurs nicht mehr als Gegner wahrgenommen. Gleichwohl wird Deutschland in russischen Medien aber vor allem dann zum Thema, wenn es um historische Anlässe oder den Zustand der bilateralen Beziehungen auf Regierungsebene geht. Innerdeutsche Probleme interessieren die russischen Medien kaum. Mit anderen Worten, die gegenseitige Wahrnehmung ist verzerrt. Diese Entwicklung birgt für die Zukunft die Gefahr von Irritationen.

Eine dauerhafte Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Russland kann nur gelingen, wenn der Grad der Verflechtung zwischen beiden Ländern auf allen Ebenen zunimmt. Neben einer weitgehenden Kooperation in wirtschaftlicher Hinsicht sind hier vor allem der gesellschaftliche Austausch zum Abbau von Stereotypen und das Lernen voneinander gefragt. Während bei den deutschen und

russischen Diskussionsteilnehmern Einigkeit über das Ziel weitgehender Kooperation herrscht, bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, wie man diesen Idealzustand erreichen kann.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland verbessern sich stetig, der Kapital- und Güterverkehr ist im Steigen begriffen. Die EU verfügt über einen Überschuss an Kapital und Technologien – Russland an Rohstoffen, preiswerten Arbeitskräften und niedrigen Produktionskosten. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum könnte für beiden Seiten Vorteile beinhalten. Für die Fertigung bedeutete dies eine Verlagerung der kapital- und arbeitsintensiven Industrie nach Osten; technologieintensive Produktion würde im gemeinsamen Wirtschaftsraum im westlichen Europa verbleiben. Die Vorteile eines gemeinsamen Marktes kämen den Volkswirtschaften Europas wie auch Russlands zu Gute. Allerdings hielten die russischen Teilnehmer es für notwendig, kurzfristig Instrumente politischer Planung zu nutzen, um eine konkurrenzfähige Wirtschaft in Russland erst noch »heranzuzüchten«. Deutsche Teilnehmer verwiesen dagegen auf die Problematik der Rechtsunsicherheit und weit verbreiteter Korruption als Behinderung wirtschaftlichen Engagements in Russland. Zudem seien angesichts der zunehmenden Globalisierungstendenzen in den Staaten der EU emotionale Faktoren bei einem wirtschaftlichen Integrationsprozess nicht zu vernachlässigen.

Die politische und wirtschaftliche Dimension der Beziehungen bedarf einer Stärkung der gesellschaftlichen Komponente. Die Bedingungen für die Zivilgesellschaft sind in Deutschland und Russland sehr unterschiedlich. Deutschland kann auf eine lange Tradition zurückblicken und verfügt über eine große Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Initiativen. In Russland dagegen befindet sich die Zivilgesellschaft noch im Aufbau. Entgegen landläufiger Meinung konstatierten die Teilnehmer der Zukunftswerkstatt, dass es bereits zahlreiche Initiativen in Russland gebe, deren »Unsichtbarkeit« in einer mangelhaften Einbettung in politische Diskurse und chronischer Finanzierungsprobleme begründet liege. Die Erfahrungen Deutschlands könnten zur Überwindung dieser Probleme einen wertvollen Beitrag leisten. Aber auch die jüngsten russischen Erfahrungen bei der Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements in einer sich im schnellen Wandel befindlichen Gesellschaft könnten Impulse für die Modernisierung Deutschlands liefern. Wichtig sei für Russland die Schaffung eines Bewusstseins für soziales Unternehmertum, um zivilgesellschaftliches Handeln in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung zu fördern. Bedingung für einen Austausch von Erfahrungen und Sichtweisen wäre vor allen Dingen die Vereinfachung des Visa-Regimes auf beiden Seiten.

Andreas Stahn

Gemeinsames Strategiepapier der deutsch-russischen Zukunftswerkstatt

Deutschland–EU–Russland im Jahre 2015

Auf der Tagung der Zukunftswerkstatt in Kaliningrad wurde, nach langen teils heftigen Debatten, von jungen deutschen und russischen Nachwuchspolitikern und Experten ein gemeinsames Strategiepapier erarbeitet, das den Blick für die beiderseitigen Beziehungen nach vorne zu richten hilft. Darin werden Handlungsoptionen für die künftige Politik vorgeschlagen. Das Papier soll eine strategische Debatte im Petersburger Dialog anstoßen.

Deutschland und Russland sind strategische Partner. Allerdings muss sich diese Partnerschaft in den kommenden zehn Jahren erst noch ausprägen. An der Notwendigkeit einer über die Normalität zwischenstaatlicher Beziehungen hinausgehender Interessenabstimmung besteht auf beiden Seiten kein Zweifel. Deutschland ist an einem stabilen Russland interessiert, das seine Verantwortung als regionale Ordnungsmacht im östlichen Europa nach den Grundsätzen

europäischer Nachbarschaftspolitik wahrnimmt. Unterschiedliche Auffassungen bestehen in Deutschland über die Gestaltung der Tagespolitik gegenüber einem Russland, das sich nur langsam von seinem undemokratischen Erbe emanzipiert. In Russland wird Deutschland als wichtigster europäischer Verbündeter für die Herausforderungen der Globalisierung und für den Aufbau einer stabilen Weltordnung gesehen.

Es ist eine Errungenschaft der letzten Jahre, dass die Feindbilder der Vergangenheit auf beiden Seiten keine politische Wirkung mehr entfalten. Deutschland und Russland können gemeinsam den Bedrohungen des internationalen Terrorismus sowie dem illegalen Waffen- und Drogentransfer begegnen. Das Fundament der Beziehungen bildet die Wirtschaft, deren Kern der Energiedialog zum gegenseitigen Vorteil darstellt. Deutschlands Bedarf an russischen Öl- und Gaslieferungen wird in der Perspektive weiter zunehmen. Russlands Interessen beziehen sich auf deutsche Investitionen und Technologietransfer.

Die deutsch-russischen Beziehungen werden auch angesichts der wiederkehrenden Legitimationskrisen der EU ein größeres Gewicht erlangen; nicht zuletzt für die Stabilisierung und Gestaltung der Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel. In diesem Zusammenhang stehen Deutschland und Russland bis 2015 vor gemeinsamen europapolitischen Aufgaben: erstens die Verhinderung und das Ausgleichen von Spannungen und Missverständnissen zwischen der EU und Russland (etwa in der Frage der Politik im postsowjetischen Raum); zweitens: die strategische Debatte über

Oldag Caspar und Pawel Zhitnjuk stellen ihre Analysen zum Bild Russlands und Deutschlands in den Medien vor.



die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Russland; drittens: die Schaffung eines öffentlichen Verständnisses für den historisch-kulturellen Platz Russlands in Europa.

Die Ablehnung der EU-Verfassung in mehreren Ländern schwächt die Rolle der EU als normatives Zentrum der Wertebildung und Rechtssetzung in Europa. Die EU benötigt eine Phase der inhaltlichen und administrativen Rekonsolidierung. Das betrifft auch das Selbstverständnis hinsichtlich seiner Nachbarschaften und Außenbeziehungen. Es ist nicht von einem Einfrieren der Beziehungen zu Russland auszugehen. Russland und die EU werden gemeinsam der Gefahr einer Herabstufung ihrer Beziehungen entgehen. Ihre Beziehungen werden vor allem dann an Profil gewinnen, wenn sie sich vom Korsett einer Erweiterungsdebatte befreien – ohne dabei eine Integration als langfristige Option auszuschließen.

Die Europäische Union soll zur wichtigsten Modernisierungsressource Russlands werden. Bislang fehlt es sowohl auf Seiten Russlands wie auch auf Seiten der EU an einem klaren Konzept zur Zukunft der Beziehungen. Die Schaffung der so genannten »Vier gemeinsamen Räume« hat eine Grundsatzentscheidung nur hinausgezögert. Die vorliegenden Konzepte beantworten noch nicht die Frage nach den strategischen Prioritäten. Die EU und Russland müssen sich für eine von drei Kooperationsformen entscheiden:

Umfassende Integration mit einer EU-Beitrittsperspektive für Russland: Russland strebt in diesem Szenario die Mitgliedschaft in der EU an und erhält auf diesem Weg umfassende Anpassungshilfe aus Brüssel. Analog zu vorangegangenen Erweiterungsrounden wird Russland in der dritten Runde (nach der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens 2007) im Rahmen von Assoziierungsverhandlungen eine schrittweise Anpassung seiner Gesetzgebung an die Rechtsnormen der EU befördern und damit die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft schaffen. Dieser Weg erscheint aus der heutigen Perspektive kaum realistisch. Die EU dürfte nicht bereit sein, Russland bis 2015 eine volle Mitgliedschaft anzubieten. Im Kreml wird derzeit keine einseitige Annäherung an die EU angestrebt. Russland hat mehrfach erkennen lassen, dass es in der Weltpolitik künftig wieder stärker als ein eigenständiges Machtzentrum auftreten wird.

Partnerschaft ohne formelle Integration: Russland verzichtet bewusst auf jegliche Harmonisierung seines



In kleinen Arbeitsgruppen suchten die russischen und deutschen Nachwuchsexperten oft lange nach gemeinsamen Positionen.

Rechtssysteme mit den EU-Richtlinien. Beide Seiten betrachten sich als unabhängige Partner ohne formelle Einheit. Als Beispiel eines solchen Modells dienen die Beziehungen zwischen der EU und den USA. Doch erfordern die geografische Nähe und die Bedürfnisse der voneinander abhängigen Volkswirtschaften eine tiefere Kooperation zwischen Russland und EU. Darüber hinaus kann eine Partnerschaft ohne Integration konfliktreich werden, da keine Mechanismen eingebaut sind, um mögliche Konfrontationen zu vermeiden.

Integration ohne Mitgliedschaft: Die Gesetzgebung der Russischen Föderation wird den EU-Normen angeglichen. In diesem Modell kann Deutschland bei der gegenseitigen Annäherung Russland und der EU als Vermittler auftreten. Beide Seiten verfolgen eine eigenständige Politik, stimmen sich jedoch in Grundsatzfragen ab und arbeiten bei konkreten Projekten zusammen. Das Modell der horizontalen Integration ohne Mitgliedschaft eröffnet Russland die Perspektive, in einigen Bereichen weitgehend mit der EU zusammenzuarbeiten und de facto einen Integrationsmodus zu erreichen. Dieses Szenario kommt den gegenwärtigen Kooperationsvorstellungen Russlands und der EU am nächsten.

Um die Beziehungen beider Seiten optimal zu gestalten, werden folgende konkrete Vorschläge unterbreitet:

Russland und die EU müssen schnell die Ziele und Instrumente ihrer Kooperation definieren. Demgemäß soll ein neuer Vertrag zwischen Russland und der EU

ausgearbeitet und verabschiedet werden, der das 2007 auslaufende Abkommen über die Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA) ersetzen würde. Der Vertrag könnte eine Assoziation zwischen der EU und Russland beinhalten – als höchstes Maß der Kooperation jenseits einer Mitgliedschaft. Der Vertrag würde die Annäherungsprozesse fördern und die Russische Föderation an die europäischen Integrationsprozesse anbinden, ohne dass diese ihre Selbständigkeit einbüßen würde.

Die Seiten können über die Schaffung einer neuen Sphäre der globalen Zusammenarbeit nachdenken, die Russland, die EU und auch andere einschließen würde; auch die Staaten der jetzigen GUS, die sich in gemeinsamer Nachbarschaft mit der EU und Russland befinden. Die Ereignisse in der Ukraine haben ein Konfliktpotenzial in den Beziehungen und die bisherigen Grenzen gemeinsamen Handelns gezeigt. Um möglichen Spannungen vorzubeugen, ist es wichtig, ein neues »großes Europa« zu formen. In diesem Rahmen könnte man über ein Integrationsmodell »EU-Russland« reden. Deutschland und Russland könnten die Initiative ergreifen und ein solches Modell ausarbeiten, dessen genaue Parameter noch definiert werden sollen.

Russland muss seinen administrativen Apparat für die Zusammenarbeit mit der EU modernisieren. Mittelfristig erscheint für Russland ein eigenständiges Ministerium für EU-Fragen als ein geeignetes Instrument, die Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit der EU zu organisieren. Zusätzliche Impulse sind von der Auflage deutsch-russischer Programme für Dienstreisen, Austauschaufenthalte, Schulungen, Meisterklassen, Trainingsprogramme, Publikationsprojekten für Lehrbücher etc. zu erwarten.

Aus der vertieften Kooperation in Form der »EU-Russland-Assoziation« könnten Initiativen für Lösungen globaler Herausforderungen hervorgehen. Die Assoziation wäre kooperationsbereit für außereuropäische Partner wie die USA, Japan, China, Indien. Die Assoziation würde den Kern eines europäischen außenpolitischen Akteurs bilden. Voraussetzung dafür wäre allerdings der weitere innere Wandel Russlands, die Fortsetzung der Transformation nach den Prinzipien von Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Nur dann kann Europa zu einem gemeinsamen Handlungsrahmen für Russland mit Deutschland und der EU werden.